

Berliner Tageblatt

Nr. 252

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Zür internationale Erörterung der Reparationsfrage

Englische Anregungen.

Das Schiedsgericht über die Reparationsfrage. — Der Plan einer Finanzkontrolle für Deutschland. — Kritik am Industrieangebot.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 31. Mai.

Während die offiziellen Kreise sich jeder Äußerung über die zu erwartende deutsche Note enthalten, um sich freie Hand für ihre künftige Beurteilung zu wahren, beginnt die Presse sich wieder mit dem Reparationsproblem zu beschäftigen. Am eingehendsten geschieht das in einem sehr vernünftigen und sachlichen Leitartikel der „Times“. Die ungelöste Reparationsfrage bilde das Grundübel, unter dem die ganze Welt leide. Nicht nur die Mark und der Franc, sondern auch der argentinische Peso, das brasilianische Milreis und die indische Rupie seien durch die ungelöste Reparationsfrage in Mitleidenschaft gezogen, während die Vereinigten Staaten durch die von Europa ferngehaltenen werden und in England Arbeitslosigkeit hervorgegerufen wird. Selbst Frankreich weise einige Anzeichen der Beforgnis auf. Eine Regelung der Reparationsfrage würde allen Ereignissen eine neue Wendung geben. Man verweise deshalb, daß die Geschäftswelt bestrebt habe, eine internationale Konferenz nach London einzuberufen. Das Blatt fragt weiter, ob Frankreich irgendeinen Vorteil aus der Beendigung des passiven Widerstands ziehen könnte, den ihm die Regelung der Reparationsfrage nicht gewähre. Was die Mark betreffe, so sei zwar die Zwangswirtschaft in weitem Umfange in ihrem Kurse schuld (?), die Hauptursache liege jedoch in der Reparationsfrage. Eine „aktive Initiative“, schreiben die „Times“, komme deshalb immer näher. „Es liegt im Interesse der ganzen Welt und insbesondere Europas, wenn die britische Regierung bereit sein will, in dem frühestmöglichen Zeitpunkt zu intervenieren.“ Das Blatt betont weiter, daß es das beste sei, die Reparationsfrage vor ein internationales Tribunal zu bringen. Deutschland habe deshalb die Pflicht, in seinem neuen Angebot ohne jede Einschränkung sein altes Angebot zu wiederholen und sich einer internationalen Sachverständigenkommission zu unterwerfen. Dann müsse aber Deutschland auch eine gründliche Prüfung seiner Finanzlage ermöglichen. Obwohl man über die Höhe der Reparationssumme uneinig sei, so müsse sie durch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und nicht durch das Bedürfnis seiner Gläubiger bestimmt werden. Ein Moratorium sei unbedingt nötig. Von dem Gedanken der produktiven Pfänder müsse man abkommen, denn die Überwachung der deutschen Finanzen sei die beste Garantie. Die „Times“ prägen Johann die Verluste, die Frankreich durch die Zerstörung seiner nördlichen Provinzen erlitten habe. Sie würden von französischen Schriftstellern auf 1000 300 000 Pfund geschätzt, von denen bereits die Hälfte ausgegeben sei. Ein großer Teil hiervon stelle aber einen Vorteil dar, denn die Wiederherstellungsarbeiten hätten Frankreich vor der Arbeitslosigkeit bewahrt, an der England so schwer leide. Bei sehr gründlicher Prüfung komme man zu dem Ergebnis, daß Frankreich bei Beendigung der Wiederaufbauarbeiten nicht einmal um 500 000 000 Pfund schlechter dastünde, als wenn die zerstörten Provinzen durch Zaubermagie am Tage des Waffenstillstandes wieder hergestellt worden wären. Die „Times“ betonen nochmals, daß die englischen Verluste keineswegs geringer seien, und schließen mit der Aufforderung, daß die englische Regierung keine Zeit verliere, eine aktive Politik zu treiben.

Daß die günstigen Gelegenheiten, zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen, nicht endlos wiederholt werden, wird im Leitartikel der „Westminster Gazette“ hervorgehoben. Es sei deshalb zu hoffen, daß die englische Regierung, falls die neue deutsche Note eine Verhandlungsbasis schaffe, ihre Möglichkeiten viel klarer und entschlossener darlege, als dies voriges Mal geschehen sei, und daß Frankreich und Belgien weniger vorzeitig sein werden. Wenn aber die deutsche Industrie nur für zehn Millionen Pfund garantieren wolle, unter der Bedingung, daß fünfzehn Millionen von der Landwirtschaft und dem Privatsektor aufgebracht würden, so entspreche das nicht dem Maximum der deutschen Zahlungsfähigkeit. Die Festsetzung einer enghaltigen Summe sei heute unmöglich. Jedermann würde froh sein, diese Frage einem unparteiischen Schiedsgericht überweisen zu sehen. Wenn aber die deutsche Regierung die Welt von ihrer Ehrlichkeit überzeugen wolle, so müsse sie in ihrer neuen Note zeigen, wie sie sich die Mitarbeit der deutschen Industrie fidieren wolle, denn das sei der allerwichtigste Punkt der neuen Note. Die „Westminster Gazette“ erwähnt dann noch den belgischen Reparationsplan. Dieser sei nicht sehr hoffnungsvoll, denn es sei höchst unwahrscheinlich, daß Deutschland Annuitäten von 120 Millionen Pfund bezahlen könnte. Die belgischen Vorschläge befähigten auch den „Daily Telegraph“, der ebenso wie die „Westminster Gazette“ das wachsende Bedürfnis Belgiens betont, zu einer Regelung zu gelangen. Belgien habe kein Interesse an finanziellen Selbstverleugern Deutschlands, ebenso wie ihm die kommunizistische Bewegung im Ruhrgebiet Unbehagen verursache. Das Land wolle in England, auf die Ausfuhr angewiesen sein, so daß es durch die Blockade des Ruhrgebietes Verluste erleide. Der „Daily Telegraph“ schreibt, es würde ein Jammer sein, wenn die deutsche Schwerindustrie den zweifellos gefundenen Vorschlag der Jahreszahlungen dadurch verwerfen würde, daß sie die Zahlungen bei Erreichung der 35. Milliarde Goldmark beenden wolle. Besondere Sorgfalt müßten die deutschen Sachverständigen darauf legen, wie die deutschen Wons machtfähig gemacht werden könnten. Denn die deutsche Schuld müsse nach allgemeinem Urteil der Alliierten

soweit wie irgend möglich handelsfähig gemacht werden. Aus amerikanischen Kreisen erfährt das Blatt noch, daß besonders das deutsche Tabakmonopol unternehmende Syndikate auf der anderen Seite des Ozeans anzuhängen könne, falls das gesamte Monopol, system ohne politischen Beigeschmack angelegt werde.

Der belgische und der französische Standpunkt.

Belgien für gemeinsames Vorgehen der Alliierten und für Garantien außerhalb des Ruhrgebietes. — Frankreich für Aufrechterhaltung der Besetzung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 31. Mai.

Die belgische Regierung hat die Studien über die Reparationsfrage, die sie dem Ministerpräsidenten Poincaré überreichen ließ, auch allen anderen verbündeten Regierungen überreicht. Dieses Vorgehen beweist die feste Absicht Belgiens, eine gemeinsame Lösung der Reparationsfrage anzustreben und besonders England für die belgischen Vorschläge zu gewinnen. Ein belgischer Staatsmann hat geäußert, es würde möglich sein, die britische Regierung an die Seite Frankreichs und Belgiens zurückzuführen, wenn die neue englische Regierung die Überzeugung gewinne, daß die belgischen Pläne von Deutschland nichts Ungehörliches verlangten und keine besonderen politischen Zumutungen an das Reich stellen (?). Man glaubt nach den französischen Berichten aus Brüssel, daß die Schwierigkeiten, die sich nach der Besetzung des Ruhrgebietes ergeben haben, zu beseitigen sehr dürften, falls England für ein System zu gewinnen wäre, welches die Sicherheiten für die Reparation nicht im Ruhrgebiet sucht. Das soll aber keineswegs eine Abschwächung der jetzigen Aktion bedeuten, die eventuell noch verstärkt werden müßte, um die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen zu erreichen. Aber diese Aktion soll nach der belgischen Auffassung nur ein Druckmittel sein, da auf eine organisierte und erträgliche Ausbeutung des Ruhrgebietes durch die Alliierten doch nicht zu rechnen sei. Diese Ansicht, die gestern bereits von Berlin im „Echo de Paris“ angebeutet und gleichzeitig beäufert wurde, wird heute in mehreren Pariser Zeitungen wiedergegeben und auch durch private Informationen bestätigt. Die französische These geht von ganz anderen Voraussetzungen aus. Sie behauptet, daß die Ruhraktion als Druckmittel wirkungslos bleibe, wenn das Ruhrgebiet nicht von den Alliierten kontrolliert würde und für die Alliierten arbeiten müßte. Deshalb müsse das System der künftigen Sicherheiten und Zahlungen an der Ruhr verantwortet werden. Die französische Regierung hat sich zu dieser Auffassung bekannt und ist durch die nationalistische Kammermehrheit zu einer Politik dieser Art verpflichtet worden. Es wird auch nicht leicht sein, auf der Konferenz in Brüssel eine vollkommene innere Gleichheit der Ansichten herzustellen, wenn auch voraussichtlich die traditionellen Verständigungen der „treuen Gedankenengenkraft“ nicht ausbleiben werden. Der Unterschied zwischen der belgischen und der französischen Auffassung läßt sich nach der Beurteilung eines hiesigen Diplomaten am kürzesten ausdrücken, wenn man sagt: Belgien will aus dem Ruhrgebiet heraus, sobald die deutschen Leistungen durch gute Garantien gesichert sind; Frankreich dagegen hält es für die beste Garantie, wenn das Ruhrgebiet möglichst lange besetzt bleibt, wobei es wahrscheinlich stets mehr an die Besetzung denkt als an die Garantien. Es mag hinzugefügt werden, daß in den Kreisen der Reparationskommission die belgischen Vorschläge als eine brauchbare Basis zu Verhandlungen betrachtet werden. Es wird nicht bestritten, daß die Voraussetzungen der geplanten alliierten Zeitung an der deutschen Industrie in Deutschland Widerspruch finden müßten. Es wird aber gleichzeitig gesagt, daß ähnliche Gedanken auch von deutschen Politikern und Wirtschaftlern bereits erhoben worden sind. Es sei in dieser Zusammenhang auf den Artikel des früheren Reichsministers Schiffer im „Berliner Tageblatt“ hingewiesen, der hier mit großer Aufmerksamkeit studiert zu werden scheint.

Eine Aktion Englands in der Saarfrage.

Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 31. Mai.

Die britische Regierung wird in der nächsten Sitzung des Völkerbundesrates am 24. Juni durch ihren Vertreter den Antrag auf Errichtung eines Untersuchungsausschusses einbringen, der gewisse Vorgänge bei der Saarregierung zu prüfen hat. Das unwürdige Amt hat hier vor allem in Völkerbundsrat vertretenen Mächte durch eine Note benachrichtigt. Mit diesem Schritt dürfte die englische Regierung die gesamte öffentliche Meinung des Landes hinter sich haben, denn das Vorgehen der Franzosen im Saargebiet hat hier großen Unwillen hervorgerufen als vielleicht irgendeine andere Maßnahme gegen die deutsche Bevölkerung. Das Verbleiben auf diese Zustände hingewiesen zu haben, gebührt den Liberalen Sir John Simons und Asquith.

Neue „Generalvollmacht“ für Mussolini.

Bis Mitte 1924.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 31. Mai.

Die längerer Debatte gewährte die Kammer der Regierung die Verlängerung des Budgetprovisoriums bis Ende Juni 1924 mit 188 gegen 62 Stimmen. Nur die sozialistischen Gruppen und die Republikaner stimmten dagegen, während die bürgerlichen Parteien einmütig für den Popolari, den Antrag der Regierung billigten. Somit hat die Regierung weiter freie Hand, mit Generalvollmacht ihr Werk fortzusetzen.

Poincarés falsche Zahlen.

Von einem ausgewiesenen Kenner der wahren Verhältnisse.

Vor dem Finanzausschuß der französischen Kammer hat Herr Poincaré vor kurzem einige Zahlenangaben über die wirtschaftlichen Ergebnisse der bisherigen Ruhraktion gemacht, die in bezug auf Entlastung der Wahrheit ungefähr das Stärkste darstellen, was die Propaganda der letzten neun Jahre überhaupt hervorgebracht hat. Zur Krönung war diese Freizeitschrift die öffentliche Meinung der Welt schließlich als Krönung zu verstehen, wenn auch der Erfinder der Märchen von den abgehakten Stinberhänden und der zu weit verarbeiteten Soldatenleichen, Herr G. A. Millon, sich für die in einem zu Brieflich gehaltenen Vortrag zurück erklärte: „Wir logen natürlich gut, manchmal sogar brillant (Gelächter) ... Ich kann nichts anderes als Holz sein und bin doch auch etwas beschämt, auf solchen Aufwand von Schaffman Holz sein zu müssen.“ Herr Poincaré ist bei Gamillon Hofe und dessen Chef Wirtschaftliche in die Schule gegangen. Aber der Unterschied ist doch der, daß Poincarés Entstellungen in erster Linie dazu dienen sollen, sein eigenes Volk irrezuführen und zu hindern, die Dinge so zu sehen, wie sie wirklich sind. Einige Pariser Zeitungen haben ja logisch ein intensives Misstrauen gegen Poincarés Zahlen geäußert; aber wie sehr der Herr Ministerpräsident die Tatsachen entstellte hat, ist auch ihnen bisher nur zum kleinsten Teil offenbar geworden.

Diese starken Worte bedürfen, damit ihre Berechtigung erwiesen wird, eines Tatsachen- und Zahlennachweises. Herr Poincaré hat bekanntlich behauptet, die Einnahmen aus der Ruhr genügen bereits, um alle Kosten des militärischen Abenteuers zu decken, ja, es ergäben sich sogar noch neun Millionen Mark Ueberschuß. Selbst wenn diese Angaben wahr wären, würde das Ergebnis nicht eben erfreulich für Frankreich sein, denn vor dem Beginn der Ruhraktion erhielt Frankreich von Deutschland freiwillig täglich für viele Milliarden Mark Kohlen, Holz und Reparationen und hatte so gut wie gar keine Lasten, da sämtliche Militärausgaben für die besetzten Gebiete von Deutschland bezahlt werden mußten. Wenn heute also wirklich die Einnahmen im wesentlichen gerade eben die Ausgaben decken, so kann man diesen Zustand gegenüber der Zeit vor dem 11. Januar d. J. nicht wohl als befriedigend bezeichnen. Im übrigen aber ist Poincarés Bilanz nicht nur eine etwas „suffizierte“ Milchmädchenrechnung, sondern eine unbillige Verdrückung der Wahrheit.

Bisher hat sich die französische Regierung für die Ruhraktion Kredite in Höhe von nahezu 1/2 Milliarde Francs bewilligen lassen, wobei man annehmen darf, daß das eigentliche „dicke Ende“ erst noch nachkommen wird. Rechnen wir aber auch nur diese halbe Milliarde als Ausgabe der ersten vier Monate, so ergibt sich eine tägliche Ausgabe von rund 4 Millionen Francs, d. h. beim heutigen Kursstand rund 12 Milliarden Mark (daß aber 4 Millionen Francs für ein Heer von 200 000—300 000 Mann eine viel zu niedrige Tagessumme sind, kann man sich wohl an den fünf Fingern abzählen). Seit dem Beginn der Ruhraktion hatte also Frankreich, selbst wenn man die lächerlich niedrigen Zahlen als wahr unterstellen wollte, nach heutigen Kursstand etwa 1500 Milliarden Mark aufgewandt. Und diese Summe soll durch die bisherigen „Einnahmen“ gedeckt sein? Rechnen wir einmal nach! — Bis Ende April hatte Frankreich durch Ausräubung öffentlicher und privater Kassen, Geldstrafen, Verwertung fremder Privatvermögen, Fortnahme von Reichsständen, goldenen Uhren, Möbeln, Teppichen, Wein, durch Geldstrafen von Verurteilten, die man eigens, um eine hohe Geldstrafe verhängen zu können, angeklagt hatte, Falschmünzereien usw., nach einer offiziellen deutschen Mitteilung 27 Milliarden Mark zusammengebracht. Das war lautlagen eine Hauptquelle der Einnahmen für die „Finanzierung“ des Ruhrunternehmens. Unter den Sachwerten, die man gewaltsam aus dem Einbruchgebiet entfernte, fanden die Kohlen an erster Stelle. Bis zur ersten Aprilhälfte hatten die Franzosen 438 000 Tonnen Kohle und Roßs aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich gebracht, wobei es sich übrigens nirgends um gedrehtes, sondern um an der Oberfläche der Erde liegendes, für andere Zwecke bestimmtes, d. h. also entwendtes Material handelte. Rechnen wir, sehr reichlich, mit einem Zentner-Durchschnittspreis der Kohle von 15 000 Mark, so würde sich hieraus in einem Vierteljahr eine weitere Einnahme von 13 1/2 Milliarden Mark ergeben. Ohne den Ruhrerubrum hätte Frankreich seit dem 11. Januar von Deutschland bis heute rund 7 500 000 Tonnen im gegenwärtigen Wert von 225 0 Milliarden Mark erhalten! — Man ersieht hieraus schon, es ist völlig ausgeschlossen, daß alles in allem Frankreich mehr als 200 bis 250 Milliarden Mark aus dem Ruhrgebiet heraus „gewirtschaftet“ hat, im günstigsten Falle also den sechsten Teil seines „Betriebslosten“, wahrscheinlich sogar nur einen kleinen Bruchteil davon, und daß dies den fünfzehnten Teil der Summe, die ihm ohne den Ruhrerubrum ganz von selbst zugeflossen wäre!

Dabei ist aber ein weiteres zu beachten. Herr Poincaré stellt die Sache so dar, als ob die Kohlen- und Roßsabfuhr bereits wieder leblich den Umfang der Zeit vor dem 11. Januar angenommen habe. In Wahrheit betrug bisher die größte Tagesabfuhr 757 Eisenbahnwaggons am 9. Mai, während vor dem 11. Januar der Tagesdurchschnitt nur 600 0 Waggons nach Frankreich abrollten. Die in den letzten Wochen erhobten Abfuhrzahlen sind auch nur dadurch zu erklären, daß man die aufgestapelten Saldenbestände der 44 beschlagnahmten Zechen abfährt, also Mengen, die nicht erneuert werden. Diese Quelle